



Inhaltsverzeichnis

09.03.2026	Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung: Einsatzkräfte üben Katastrophenszenario	3
08.03.2026	WELT AM SONNTAG: Irgendwo, irgendwann	5
07.03.2026	ad-hoc-news: Der frühere Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Wolfram König, hält die vorläufigen Planungen im Bundesumweltministerium zur Beschleunigung der Endlagersuche für unzureichend.	8
07.03.2026	WDR: Ahaus: Große Anspannung vor ersten Castortransporten	9

Einsatzkräfte üben Katastrophenszenario

Bei Diedrichshagen wurde ein Zugunfall mit eingeklemmten Personen, Verletzten und Gefahrgutleck simuliert

Nahe Diedrichshagen bei Greifswald haben rund 300 Einsatzkräfte von Feuerwehr, THW, DRK und Polizei den Ernstfall geprobt. Mehr als ein Jahr lang wurde die Großübung vorbereitet.

Es ist Sonnabend, etwa 9.30 Uhr: Ein Auto liegt auf den Schienen nahe der Brücke über die Bundesstraße vor einem Güterzug. Zu allem Unglück ist ein Personenzug auf die verkeilten Fahrzeuge gekracht. Der Lokführer informiert seine Leitstelle.

Bei Diedrichshagen in der Nähe von Greifswald beginnt eine gemeinsame Aktion von Feuerwehren der Ämter Landhagen und Lubmin, der EWN Lubmin, des Technischen Hilfswerks, des DRK und der Landes- und Bundespolizei. Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Christian Pegel (SPD) wünscht scherzhaft viele Fehler bei der Übung, damit im Ernstfall alles klappt.

Dem Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN) gehört die Bahnstrecke, auf der eines fernen Tages Castoren mit radioaktiven Abfällen vom Zwischenlager Nord zum Endlager rollen sollen.

Etwa 290 Einsatzkräfte und rund 20 Beobachter sind bei den mehrstündigen Übungen bei Diedrichshagen vor Ort. Wenige Minuten nach dem Alarm fährt das erste Feuerwehrfahrzeug mit Anhänger auf die Straße zum Tierheim und hält. Das erste Chaos entsteht, andere Fahrzeuge kommen nicht durch.

Ein Fall für das Mitglied der Technischen Einsatzleitung des Kreises Thomas Putzar, der mit Heiko Burgas (beide Amt Landhagen) die Übung leitet. „Wir müssen dafür sorgen, dass das Chaos aufgelöst wird“, erläutert Putzar, der auch der Führungsgruppe des Amtes angehört.

Das klappt. Nach kurzer Zeit beginnen Feuerwehrleute, Personen aus dem Auto zu befreien. Sie zerschlagen die Rückscheibe, setzen unter anderem Spreizer und Schere ein. Schließlich können sie die ersten beiden Personen bergen. Sie werden an Einsatzkräfte des DRK übergeben und zu einem der Rettungswagen gebracht, untersucht und versorgt.

Eine weitere Person hat sich im Fußraum verklemt. Darum wird der Pkw seitlich geöffnet und vorsichtig auf seine Räder gedreht. Echte Knochenarbeit, die Feuerwehrleute geraten ins Schwitzen. Nach über einer Stunde ist die Personenbergung abgeschlossen.

Parallel werden Frauen und Männer aus dem Personenzug geholt. „Wir sichten die Leute und stellen fest, wie schwer sie betroffen sind“, erläutert Ärztin Anita Langhoff das Vorgehen. Sind die Personen leicht, mittel oder schwer verletzt, ist sofortiges Eingreifen, der schnelle Abtransport ins Krankenhaus nötig oder kommt die Hilfe zu spät, muss im Ernstfall entschieden werden.

Die sogenannten Verletzten sehen teilweise ziemlich schlimm aus. Dafür haben Mitglieder des Jugendrotkreuz gesorgt. „Wir haben sie geschminkt, das hat Spaß gemacht“, erzählen Valerie Brunk, Finja Wudtke und Mia Bellmann. „Verletzte“ liegen auf der Wiese am Weg.

Sie spielen gut mit, jammern, fordern endlich Hilfe - es ist wie in einer realen Situation. Das Jugendrotkreuz hatte bei seinem Kosmetikeinsatz gut zu tun.

Knapp 50 „verletzte“ Personen müssen versorgt werden.

Doch damit nicht genug: Der vom Unfall betroffene Güterzug transportiert Salpetersäure. Der dafür verwendete Spezialbehälter könnte beschädigt sein. Darum muss die ätzende Flüssigkeit abgepumpt und in einen anderen Behälter umgefüllt werden.

Beobachter der Übung, wie etwa Polizeidirektor Tino Peisker, der Polizeichef des Landkreises, und Sven Hennings, der Rettungsdienstleiter des DRK Greifswald-Ostvorpommern, sind froh darüber, den Ernstfall und das Zusammenspiel der unterschiedlichen Organisationen üben zu können. „Das könnte jede Woche sein“, meint Hennings. Dann würde alles perfekt funktionieren.

„Die Übung hat gezeigt, dass die Verzahnung zwischen Feuerwehr, Rettungsdienst, Bundes- und Landespolizei und der Deutschen Bahn im Ernstfall funktioniert“, resümiert Heiko Burgas.

Die abschließende Auswertung der Übung mit allen beteiligten Behörden und Organisationen erfolgt Mitte April.

Etwa 13 Monate haben die Vorbereitungen für die Großübung gedauert. Weil Putzar und Mitstreiter so viele Unterstützer fanden, sind die Kosten für die Übung vergleichsweise gering, nur der Pkw und die Versorgung der Einsatzkräfte stehen am Ende auf der Rechnung.

Wörter: 800
Autor/-in: Eckhard Oberdörfer
tmt6ucz9eelermee6wuc1l
Seite: 9
Ressort: Lokales
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage¹: 5.730 (gedruckt)
6.471 (verkauft)
7.063 (verbreitet)
Reichweite²: 0,03018 (in Mio)

¹IVW 4/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Irgendwo, irgendwann

Mit einem neuen Gesetz will die Bundesregierung nun Tempo in die Suche nach einem Atomendlager-Standort bringen. Die Pläne werden aber nichts ändern an der Aussicht, dass der radioaktive Müll im 21. Jahrhundert nicht unter die Erde kommt

Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine spricht die Bundesregierung viel über eine „neue Bedrohungslage“. Spätestens seit Linksterroristen Anfang des Jahres Teile von Berlin in einen Blackout stürzten, ist der „Schutz kritischer Infrastrukturen“ eine Priorität des Kabinetts von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU).

Allein das von Carsten Schneider (SPD) geführte Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMUKN) sieht die Lage offenbar weiter entspannt. Unter Schneiders Verantwortung werden in 16 Lagerhallen deutschlandweit rund 1700 Castor-Behälter verwahrt, von denen jeder einzelne so viel radioaktive Strahlung enthalten kann, wie bei der historischen Reaktorkatastrophe von Tschernobyl freigesetzt wurde. Geht es nach den vorläufigen Plänen aus dem Umweltministerium, wird sich daran bis gegen Ende des Jahrhunderts nicht viel ändern.

Das zeigt sich in einem noch internen Referenten-Entwurf zur Beschleunigung der Endlagersuche, der WELT AM SONNTAG vorliegt. Darin geht es lediglich um eine operative „Optimierung“ einer Standortsuche – die weiterhin erst zu Lebzeiten der nächsten oder übernächsten Generation zu einem Ergebnis führt. An dem mit bürokratisierten Vorgaben überfrachteten Suchverfahren ändert sich im Grundsatz nichts.

Hinter der Lässigkeit der Ministerialen steht womöglich die Erkenntnis, dass selbst ein Offenbarungseid der Endlager-Verantwortlichen keine größeren politischen Konsequenzen hat. So war es jedenfalls 2022, als die mit der Ausführung beauftragte Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) den

verdutzten, im „Nationalen Begleitgremium“ versammelten Bürgervertretern offenbarte, dass man es leider doch nicht schaffen werde, bis zum Jahr 2031 einen Standort für ein Atomendlager zu finden. Dieses Zieldatum stehe zwar im „Standortauswahlgesetz“ (StandAG) von 2017. Leider sei diese Gesetzesvorgabe aber völlig unrealistisch gewesen, hieß es nun: Vor dem Jahr 2074 werde man nicht sagen können, wo der Atom Müll hin soll. Seit einer Überprüfung durch das Aufsicht führende Bundesamt für die Sicherheit der Nuklearen Entsorgung (BASE) im Jahr 2024 steht fest: Selbst das Zieldatum 2074 kann nur unter „idealen Bedingungen“ erreicht werden.

Nachdem allein die Standortwahl also gut 40 Jahre länger dauert als gedacht, folgt noch eine jahrzehntelange Erkundungs- und Bauphase, sowie die richterliche Klärung aller juristischen Einsprüche. Der Atom Müll wäre also erst in knapp 100 Jahren unter der Erde – und müsste bis dahin oberirdisch in Zwischenlagern verwahrt werden. Die Atomscene reagierte geschockt. Bundesumweltminister Schneider beschwichtigte und sagte, eine „deutliche Beschleunigung“ sei „möglich und nötig“.

Wie genau, darüber hat sich die Fachebene im Ministerium den Kopf zerbrochen und eine Gesetzesnovelle erarbeitet. Die „Einbindung und Billigung der Hausleitung“, also des Ministers, liege zwar noch nicht vor, teilte ein Sprecher mit. Ziel des neuen Gesetzes sei es jedoch, „die Endlagersuche bis Mitte des Jahrhunderts abzuschließen“.

Ob das gelingt, ist fraglich. Im Kern geht es im Gesetzesentwurf darum, bei der Suche nach einem Endlager-Stand-

ort auf untertägige Erkundungen zu verzichten und die Eignung allein über Seismik und einige Bohrungen zu bestimmen. Das bisherige StandAG sah die Anlage von „Erkundungsbergwerken“ noch zwingend vor. Zur Erforschung des bereits aussortierten Salzstocks Gorleben hatte man sogar für mehr als 2,1 Milliarden Euro ein ganzes Tunnelsystem ausbohren lassen. Doch Ende vergangenen Jahres stellte der Experte für Endlagersysteme, Klaus-Jürgen Röhlig in einem Gutachten für die Entsorgungskommission (ESK) des Bundes fest, dass Erkundungsbergwerke nur im Einzelfall, etwa bei einigen Salzstöcken, einen Erkenntnisgewinn brächten. Obligatorisch vorschreiben müsse man sie nicht. Dem folgen nun die Referenten in ihrem Gesetzesentwurf.

Lässt sich durch den Verzicht viel Zeit gewinnen? Auf den ersten Blick sieht das so aus: Nach aktueller Gesetzeslage hat der Bundestag noch dreimal mitzureden: Zunächst soll die für 2027 geplante Festlegung von fünf bis zehn möglichen „Standortregionen“ in ein eigenes Gesetz gegossen werden. Danach, so um das Jahr 2048 herum, sollten die Abgeordneten auch den Beginn der untertägigen Erkundung per Gesetz bestätigen. Am Ende, drittens, sollte der Gesetzgeber auch noch die finale Wahl des einen, „bestmöglichen“ Standorts absegnen. Jetzt will man sich durch Abschaffung der „Phase III: Untertägige Erkundung“ zumindest einmal den womöglich langwierigen Parteienstreit im Bundestag sparen. Doch so ganz viel bringt das wohl nicht. In einer BGE-Hauspostille erklärte Christian Kühn, Präsident des Aufsichtsamtes BASE, so „ließe sich das Erkundungsverfahren um mindestens ein Jahrzehnt verkürzen“. Das heißt freilich: Statt „unter idealen Bedingun-

gen“ wird der Standort nicht 2074, sondern 2064 feststehen – wobei von „idealen“ Verfahrensabläufen in der Endlagerpolitik niemand mehr ausgehen kann. An die eigentlichen Hindernisse traut sich der Gesetzentwurf nicht heran: Während alle anderen Länder lediglich einen „geeigneten“ Endlager-Standort suchen, will Deutschland den „bestmöglichen“ finden. Das erfordert die zeitraubende, vergleichende Erforschung vieler Standorte, samt Studien, Messungen, Bürgerbeteiligungen, Regionalkonferenzen und dergleichen mehr. Auch müssen alle infrage kommenden Wirtsgesteine Ton, Steinsalz und Kristallin (Granit) weiterhin durchs Verfahren geschleppt werden, obwohl bereits jetzt völlig unwahrscheinlich ist, dass die abschließende Wahl auf ein Atomendlager in Granit-Formationen fällt. Denn ESK-Gutachter Röhlig hatte in seiner Empfehlung eine Ausnahme formuliert: Im kristallinen Gestein sei die Zerklüftung allein durch oberirdische Verfahren nicht erforschbar. Nötig sei hier ein Erkundungsbergwerk, das sogar „genauso groß wie das Endlagerbergwerk sein müsste“.

Käme es also zur Auswahl einer Granit-Formation als Endlager, müssten kilometerlange Stollen in den Fels ge-

bohrt werden, wobei sich ganz am Ende noch herausstellen kann, dass der Standort doch nicht die „bestmögliche“ Wahl war. Dabei hat auch die BGE bereits heute 36 von 90 möglichen Teilgebieten erforscht und dabei 95 Prozent der kristallinen Gebiete ausgeschlossen. „Im Falle des Kristallin gibt es eine ganze Reihe von Gründen, weshalb diese Vorkommen in Deutschland keine bestmöglichen Standorte erwarten lassen“, urteilt der Nuklearwissenschaftler und frühere Abteilungsleiter im Bundesamt für Strahlenschutz, Bruno Thomauske. „Dass sich durch Verzicht auf über-plus untertägige Erkundung Zeit einsparen lässt, ist ausschließlich dann richtig, wenn für keinen Standort eine Nachweisführung über ein Bergwerk erforderlich wird.“

Der Glaube an einen transparenten Suchprozess ist aber schon wegen der Doppelrolle des Bundesumweltministeriums erschüttert: Schneiders Staatssekretäre machen einerseits als Aufsichtsräte in der operativen Suchgesellschaft BGE Vorgaben – und stellen sich in ihrer Eigenschaft als Fach- und Rechtsaufsicht in der Aufsichtsbehörde BASE dann dafür ihre eigenen Genehmigungen aus. „Bei dieser Konstruktion kommt fachliche Wahrheit nur auf den Tisch, wenn sie politisch opportun ist“, kommen-

tiert Thomauske. Konsequenter wäre es, das BASE etwa nach dem Vorbild der Bundesnetzagentur politisch unabhängig aufzustellen. Doch daran hatten die Gesetzesautoren im Bundesumweltministerium ganz offensichtlich kein Interesse. Auch der frühere Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Wolfram König, hält den Gesetzentwurf für ungenügend. „Es gilt eine Festlegung zu treffen, wie lange wir das höhere Risiko einer oberirdischen Zwischenlagerung noch tragen können, und ausgehend von diesem Zieldatum das Suchverfahren anzupassen“, sagte der langjährige BASE-Präsident: „Wir verfügen zum Beispiel heute schon über ausreichend Informationen, um weniger geeignete Ausformungen von Wirtsgesteinen und damit große Regionen aus dem weiteren Suchprozess auszuschließen.“ Es sei für ihn „unverständlich“, dass die Arbeitsebene des Ministeriums „zeitraubende Verfahrensregeln des Standort-suchgesetzes, die nicht im Kern dem Sicherheitsgewinn dienen, unangetastet lässt“. Es wäre, so König, „für die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz einer sicheren Endlagerung in Deutschland verheerend, wenn die Öffentlichkeit ein weiteres Mal mit unhaltbaren zeitlichen Versprechen konfrontiert würde“.

Wörter:	1.145	Jahrgang:	2026
Autor/-in:	DANIEL WETZEL	Nummer:	10
Seite:	23 bis 23	Ausgabe:	Hauptausgabe
Rubrik:	WIRTSCHAFT	Auflage ¹ :	270.151 (gedruckt) 274.361 (verkauft) 361.290 (verbreitet)
Medienkanal:	PRINT	Reichweite ² :	0,791 (in Mio)
Mediengattung:	Sonntagszeitung		
Medientyp:	PRINT		

¹IVW 4/2025

²AGMA ma 2025 Pressemedien II



Fotograf/-in: GETTY IMAGES, MONTAGE: WELT AM SONNTAG

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

◆ ad-hoc-news

Der frühere Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Wolfram König, hält die vorläufigen Planungen im Bundesumweltministerium zur Beschleunigung der Endlagersuche für unzureichend.

7. März 2026 10:32 | Medienart: Online | Visits/Monat: 73.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Energie, Umweltschutz Ex-**Atomaufsicht**-Chef kritisiert neue **Endlager**-Pläne

07.03.2026 - 10:32:07 | dts-nachrichtenagentur.de

Der frühere Präsident des **Bundesamtes** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung** (BASE), Wolfram König, hält die vorläufigen Planungen im Bundesumweltministerium zur Beschleunigung der **Endlagersuche** für unzureichend. Diese würden der neuen Bedrohungslage nicht gerecht. **Atomkraftwerk** (Archiv) - Foto: via dts Nachrichtenagentur

"Wir leben seit dem Neustart der **Endlagersuche** vor über zehn Jahren in einer anderen Realität, bewaffnete Konflikte nehmen weltweit zu", sagte König der "Welt am Sonntag". "In dieser neuen Welt sollten wir nicht 1.700 Castorbehälter, von denen jeder einzelne die freigesetzte Radioaktivität von Tschernobyl enthalten darf, noch jahrzehntelang in oberirdischen Hallen stehen lassen."

Es sei für ihn "unverständlich", dass die Arbeitsebenen des Bundesumweltministeriums bei ihren Plänen zur Beschleunigung der **Endlagersuche** "zeitraubende Verfahrensregeln des Standortsuchgesetzes, die nicht im Kern dem Sicherheitsgewinn dienen, unangetastet lassen."

Das von Carsten Schneider (SPD) geführte Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMUKN) erarbeitet derzeit eine Novelle des Standortauswahlgesetzes (StandAG), die mehr Tempo in die Suche nach einem **Atomendlager** bringen soll. Schneider hatte die Gesetzesinitiative angekündigt, nachdem im vergangenen Jahr bekannt wurde, dass das im aktuellen StandAG genannte Zieldatum von 2031 nicht mehr zu halten ist. Nach übereinstimmender Schätzung der mit der Ausführung beauftragten Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) als auch des Aufsicht führenden **Bundesamtes BASE** wird sich allein die Standortwahl auf der bestehenden Rechtsgrundlage noch mindestens bis zum Jahr 2074 hinziehen.

Das Bundesumweltministerium bestätigte auf Nachfrage, dass mit einer Gesetzesnovelle eine Standort-Entscheidung bis 2050 möglich werden solle. Es handele sich allerdings um einen frühen Entwurf auf

Arbeitsebene. Die "Einbindung und Billigung der Hausleitung", also des Ministers, liege noch nicht vor. Einzelne Medien hatten über den durchgesickerten Inhalt des Referenten-Entwurfs allerdings bereits berichtet.

König kritisierte, dass das neue, von der Politik genannte Zieldatum 2050 im Gesetzentwurf nicht enthalten ist. Wie es erreicht werden solle, bleibe ebenfalls unklar: "Eine belastbare Projektplanung, wie das Ziel unter Einbeziehung aller gesetzlich geforderter Schritte zu erreichen ist, liegt hierzu nicht vor", kritisiert König. "Es wäre für die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz einer sicheren Endlagerung in Deutschland verheerend, wenn die Öffentlichkeit ein weiteres Mal mit unhaltbaren zeitlichen Versprechen konfrontiert würde."

König war von 1999 bis 2017 Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) und danach bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 2024 Präsident der neu geschaffenen Atomaufsichtsbehörde Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE).

Nach Ansicht des Nuklear-Experten ist es angesichts der gewachsenen Bedrohungslage nötig, die Endlagersuche "den politischen und sicherheitsbedrohenden Realitäten" anzupassen. "Es gilt eine Festlegung zu treffen, wie lange wir das höhere Risiko einer oberirdischen Zwischenlagerung noch tragen können, und ausgehend von diesem Zieldatum das Suchverfahren anzupassen", sagte König: "Wir verfügen zum Beispiel heute schon über ausreichend Informationen, um weniger geeignete Ausformungen von Wirtsgesteinen und damit große Regionen aus dem weiteren Suchprozess auszuschließen." Inflation diktiert die politischen Schlagzeilen. Wer schützt deine Ersparnisse? Seit 2005 liefert der Börsenbrief trading-notes verlässliche Anlage-Empfehlungen – dreimal pro Woche, direkt ins Postfach. 100% kostenlos. 100% Expertenwissen. Trage einfach deine E-Mail Adresse ein und verpasse ab heute keine Top-Chance mehr..

politik | 68644649 |

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 WDR

Ahaus: Große Anspannung vor ersten Castortransporten

7. März 2026 14:15 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Stand: 07.03.2026, 13:11 Uhr

In Ahaus haben am Samstag hunderte Menschen gegen die geplanten Atommülltransporte ins

Zwischenlager Ahaus demonstriert.

Von Markus Holtrichter

Veranstalter und Polizei sprechen von 450 Menschen, die sich am Samstag in Ahaus versammelt haben. Die Stimmung: Aufgeladen. Der Protest hat zuletzt deutlich an Dynamik gewonnen. Bürgerinitiativen reagieren fassungslos darauf, dass Gerichte nun Grünes Licht für neue Castor-Transporte ins Zwischenlager Ahaus gegeben haben.

Die Gegner fordern eine Notbremse von Bund und Land. Die Initiativen sagen: **Atommüll** von einem Lager ins andere zu bringen, das sei unsinnig, so lange es kein **Endlager** gibt. Außerdem meinen sie, die Fahrten seien gefährlich, auch nicht ausreichend gegen mögliche Drohnenangriffe geschützt.

"Wir denken, dass in der heutigen Zeit über 150 Transporte auf der Autobahn mit hochradioaktivem **Atommüll** eine ganz schlechte Idee sind."

Stadt stellt sich auf Transporte von **Atommüll** ein

Die Protestler versammelten sich zunächst vor dem Rathaus in Ahaus. Auch die Stadtspitze gehört zu den Gegnerinnen und Gegnern der Castortransporte. Doch sie selbst sah keine Chance, diese rechtlich noch zu verhindern.

Transportroute blockiert: Vorgeschmack auf Störaktionen?

Vom Ahauser Rathaus zogen die Demonstranten auf eine große Kreuzung im Zentrum der Stadt. Über sie könnten die LKW die mehr als 150 Castoren ins Zwischenlager bringen. Die Route wurde am Samstag eher symbolisch blockiert. Möglicherweise ein Vorgeschmack auf Störaktionen.

Starttermin noch unbekannt

Wann die Castor-Transporte starten, dazu will sich die Auftraggeberin, **JEN** Jülich, aktuell nicht äußern. Die Polizei Münster ist dafür zuständig, die Sicherheit zu gewährleisten. Aber auch die hält sich aktuell bedeckt, was einen Termin angeht.

Unsere Quellen:

Reporter vor Ort Bürgerinitiative "Kein **Atommüll** in Ahaus" und weitere Stadt Ahaus

Sendung: WDR 2, WDR Aktuell, 07.03.2026, 12:00 Uhr Sendung: WDR Fernsehen, WDR Aktuell, 07.03.2026, 12:45 Uhr